

SPD-Fraktion Bezirksausschuss 13 – Bogenhausen



Die München-Partei.

An den Bezirksausschuss 13 - Bogenhausen
z. Hd. Frau Angelika Pilz-Strasser, Vorsitzende

München, 25.01.2016

Karin Vetterle
Fraktionssprecherin
Fritz-Meyer-Weg 5
81925 München
E-Mail: karin.vetterle@kvdesign.de
Tel. 089 951571
Mobil 0171 6516774

ANTRAG

Erstellung eines Schreibens an den bayerischen Ministerpräsidenten und an den Oberbürgermeister der Stadt München

Thema:

Optimierung der Kinderbetreuung in gebundenen und rhythmisierten Ganztagszügen an Grundschulen

Nachfolgendes Anschreiben wird durch den Bezirksausschuss 13 an den **bayerischen Ministerpräsidenten und an den Oberbürgermeister der Stadt München übermittelt:**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Seehofer,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Reiter,

wir wenden uns in einer Angelegenheit, die mehr als brisant und entsprechend dringlich ist, ausnahmsweise auf diesem Wege direkt an Sie, da wir die Notwendigkeit sehen, dieses Thema zur direkten „Chefsache“ zu machen.

Vor einigen Jahren wurden an einigen Grundschulen in unserem Stadtbezirk 13 (Bogenhausen) gebundene und rhythmisierte Ganztagszüge eingeführt, die von den Eltern sehr gut angenommen werden. Gerade der angespannte Wohnungsmarkt erfordert es, dass beide Elternteile einer Berufstätigkeit nachgehen müssen. Die Ganztagsbetreuung der Kinder ist deshalb ein wesentlicher Bestandteil. Auch die Integration neuer Mitbürgerinnen und Mitbürger kann durch die Betreuung der Kinder in Ganztagszügen erheblich verbessert und unterstützt werden.

Leider ist die Ganztagsbetreuung an den Grundschulen in Teilen erheblich problembehaftet. So ist es vielerorts Angelegenheit von ehrenamtlichen Helfern (bestehend aus Elternteilen) die Organisation sowohl der Mensa als auch die Organisation der Mittagsbetreuung der Kinder sicherzustellen. Die seitens der Stadt München bzw. dem Freistaat Bayern finanzierten und damit zur Verfügung gestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind keinesfalls ausreichend.

Deshalb fordern wir dringend Nachbesserung hinsichtlich der gesamten finanziellen und personellen Unterstützung, die folgendes umfasst:

- Organisation der Mensa einschließlich Pächtersuche, Catering, Essensausgaben, Abrechnung etc.
- Fachliche und pädagogische Betreuung der Kinder durch Fachpersonal in größerem Umfang als bisher (12 Lehrerstunden für 4 ½ Nachmittage reichen bei weitem nicht aus!)

Ferner müssen die ehrenamtlich tätigen aus der Haftung (persönlich und gesamtschuldnerisch) genommen werden Eltern dürfen keinesfalls eine Arbeitgebereigenschaft besitzen, da sie sonst vollumfänglich im Schadensfall haften müssen.

Derzeit beschäftigt der Elternverein an einer Grundschule im Stadtbezirk 13 (exemplarisch für den gesamten Stadtteil) eine Küchenkraft sowie fünf weitere Kräfte für die mittägliche Kinderbetreuung. Zu den Aufgaben des Elternvereins gehören damit neben der Auswahl der Arbeitskräfte auch deren Bezahlung, der Abschluss eines Beschäftigungsvertrags sowie weitere umfassende Arbeitgeberaufgaben. Dies kann dauerhaft nicht hingenommen werden!

Wir würden gerne davon ausgehen, dass die Problematik bereits bekannt ist und in der Verwaltung bereits an deren Lösung sowie der Abklärung evtl. Zuständigkeitsprobleme gearbeitet wird. Elternverein und damit ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können und dürfen dauerhaft nicht (öffentlich organisierte und finanzierte) hauptamtliche Arbeitskräfte ersetzen!

Der Bezirksausschuss 13 kann sich nur stadtbezirksbezogen zu der Problematik äußern, obgleich davon auszugehen ist, dass auch in anderen Stadtbereichen ähnliche Probleme bestehen.

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir diesen ungewöhnlichen Weg gehen – eine Alternative hierzu sehen wir bei der vorliegenden Dringlichkeit nicht.

Wir danken schon jetzt für Ihre Unterstützung und wünschen uns sehr, dass unser Anliegen nicht einfach nur in einem Ihrer Referate „verschwindet“ und keine weitere Beachtung findet.

Besten Dank!

Begründung

Die Betreuung in gebundenen und rhythmisierten Ganztagszügen an Grundschulen muss dringend verbessert und die Zuständigkeiten zwischen Stadt München und Freistaat Bayern müssen unbedingt geklärt werden, um die ehrenamtlich tätigen Eltern zu entlasten sowie gleichermaßen die betroffenen Schülerinnen und Schüler besser zu betreuen.

gez. Angela Brändle, MdBA
Initiative

gez. Karin Vetterle
Fraktionssprecherin